

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.00, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgepalte Postzeitung oder deren Raum 50 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Sonnabend, den 26. Oktober 1918.

25. Jahrg.

Vor dem Untergang des Halbmondes.

Ein Freund der „Frank. Tagespost“, der viele Jahre in der Türkei lebte und vor kurzem in die Heimat zurückgekehrt ist, sendet dem Blatt die nachstehenden Ausführungen:
Der Zusammenbruch der Türkei kann nun auch in Deutschland nicht länger verschwiegen werden. Seit Jahren schon ist die Türkei innerlich und militärisch bankrott. Sie war es schon zur Zeit der Dardanellenkämpfe anfangs des Jahres 1915. Sie sah bisher kunstvoll ausreicht wie die Schauleichen griechischer Kirchenfürsten. Deutsche Truppen wie Kriegsschiffe mußten das Haltematerial und den Totenschuh abgeben. Das war den maßgebenden Stellen in Deutschland bekannt und mußte ihnen genau bekannt sein, wie das Treiben der schamlosen Millionendefraudateure, die als türkische Würdenträger der Reihe nach mit ausgeschauten Ehren in Berlin empfangen worden sind. Aber in Deutschland hat man bis auf den heutigen Tag fortgefahren, vor der Öffentlichkeit den türkischen Fäulnisherd mit lauterstem Golde zu überglänzen.

Was hat die deutsche Öffentlichkeit erfahren von dem grausamen Hunnorden der größeren Hälfte der armenischen Bevölkerung in der Türkei, was von Plünderungen, Drangsalierungen und Verschleppungen ottomanischer Griechen, was von der auf die deutschen Bajonette vertrauenden Gewaltherrschaft der Jungtürken, was davon, daß selbst den deutschen Truppen da unten in vielen Fällen nur unter größten Schwierigkeiten und gegen Schmiergelder an höchste Amtsstellen die notwendigen Lebensmittel beschafft werden konnten, was von der Korruption im türkischen Offizierskorps . . . ?

Nun dämmert der Tag, der zu den zahlreichsten schweren Kriegsenttäuschungen auch die kleinere bringt, den verfallenen Kadaver der Türkei ohne die trugvolle Verhüllung zu schauen.

Als die Jungtürken, das Komitee „Einheit und Fortschritt“, wie sich ihre Organisation anspruchsvoll nennt, das bespotische Regime des Sultans Abdul-Hamid in Trümmer zerlegten, glaubte Europa an den Anbruch einer neuen, besseren Zeit für die Türkei. Dieser Glaube wurde in der ersten Zeit selbst in der Türkei geteilt. Die Jungtürken gingen mit Eifer, wenn auch mit mehr Feuer als Ueberlegung und Einsicht in die staatlichen Notwendigkeiten für ein Volk von dem Zivilisationsstadium des türkischen, aus Reformieren. Jedoch sehr bald schlug das alte Uebel, die Lotterwirtschaft, die in der ganzen islamischen Welt herrscht, auch hier durch. Das Volk empfand bitter, daß es den berechenbaren Despotismus des alten routinieren Diplomaten im Wildzüchtigen gegen die unberechenbare gewalttätige und unehrliche Gewaltherrschaft eines intoleranten Abenteuerlings eingetauscht hatte. Auf den Kholikenstuhl war eine matte, verbrauchte Dekoration gesetzt worden, die automatisch Ja und Amen sagte, wenn Talaat oder Enver vor ihr aufstauten und in den Klubräumen von „Einheit und Fortschritt“ wurden die Minister, das Parlament und die ganze Politik gemacht.

Was zur Hebung des Landes, zur Besserung des Unterichts, zur Förderung kulturellen Höherstehens getan wurde, geschah impulsiv, verblüffte, und geschah immer ohne vorherige Prüfung der realen Bedürfnisse des Landes. Was die Herren von der Regierung in Europa an Schönen und Nützlichen gesehen hatten, wurde für die Türkei kopiert. Natürlich folgte all den Geldausgaben die tiefe Enttäuschung und der Enttäuschung das Mißtrauen. Man begriff nicht, daß man von unten zu bauen beginnen muß, daß zunächst unzerbrochen tüchtige, vor erst unsichtbare und vielleicht selbst von der Allgemeinheit garnicht verstandene grundlegende Arbeit geleistet werden muß und daß die glänzenden äußeren Ornamente zuletzt aufgesetzt werden müssen. Statt das verlotterte Heereswesen zu reformieren, baute man große Kasernen ohne die geringste innere Einrichtung, statt der Volksgesundheit durch eine öffentliche Organisation des Sanitätswesens zu dienen, baute man luxuriöse Krankenhäuser, die nichts enthalten, was zu ihrem Betrieb nötig ist, bei dem elendesten Gefängniswesen, das man in der Welt finden kann, denkt man an die Errichtung einer Straflingskolonie nach amerikanischem Muster in einer der reizendsten Gegenden Anatoliens.

Die Regierung des Jungtürkismus vermochte aus ihrem engen Zirkel nicht hinauszukommen; im Volke wuchs eine tiefe Unzufriedenheit; die Finanzlage wurde immer elender und die Kriege, die die jungtürkische Regierung ohne Atempause führte, vermochten nicht die Aufmerksamkeit davon abzulenken. Im Gegenteil: der Karren verfuhr sich immer hoffnungsloser.

Als der erste Rausch einer vielleicht ehrlichen Begeisterung verfliegen war, brach der alte Instinkt wieder durch, das Gefühl, daß man Staatsämter nicht übernimmt, um dem Lande zu dienen, sondern um sich zu bereichern. Eine Kette von Günstlingswirtschaft entwickelte sich, wie sie die frühere, despotisch beherrschte Türkei nie gesehen hatte. Das Volk wurde gewissenloser denn je ausgeplündert. Gleichgültig, um ihre Herrschaft zu sichern, organisierte die Partei

„Einheit und Fortschritt“ einen Ueberwachungsdienst in allen Gouvernements, dem die gesamte höhere Beamtenschaft unterworfen wurde. Jedem Wali und jedem Mutesarif wurde ein hochbezahlter scharfer Parteimann, ein Delegierter von „Einheit und Fortschritt“, vor die Nase gesetzt. Wer nicht ergebene Kreatur der Jungtürken war, der flog. Ein verächtliches Spitzeltum wurde geübt, jedes offene, kritische Wort unterdrückt, Griechen und Armenier hart bedrückt und die ganze Bevölkerung von den Amtorganen ausgepreßt. Die Beamten wurden immer wohlhabender, die kleinen Leute ärmer, und die Staatskasse hatte nie Geld.

In diesem Kriege wurde die Miswirtschaft auf die Spitze getrieben. Minister, Gouverneure, Staats- und Stadtbeamten, Polizei, die Offiziere gaben sich zügellos dem Gelderwerb hin. Der Lebensmittel- und Warenverkehr kam unter die Kontrolle der Regierung und der Großhandel wurde in der Hauptsache von ihr monopolisiert. Heute ist Konstantinopel eine der teuersten Städte der Welt. Die Regierung erhielt Zucker aus Deutschland und Oesterreich für 1.40 Mk. das Kilogramm. Auf dem Markte wurde er für sechzig Mark verkauft. Petroleum, Mehl und alles was sonst zum Leben nötig ist, kam unter die Kontrolle der Regierung. Minister, Generale, Abgeordnete wurden der Öffentlichkeit bekannt als Beteiligte an den großen Schiebung und an der Lebensmittelpespekulation. Die Staatsfunktionäre sammelten große Reichtümer, die Bevölkerung verkommt in Elend. Die Soldaten müssen zusehen, wie ihre Offiziere alles fortstehlen, was den Mannschaften als Nahrung, Wohnung und Bekleidung dienen soll. Für die Erpressungen durch die Polizei können Tausende Beispiele gebracht werden. Das Geld verfiel aus dem Verkehr und zu dem Papiergelde, das die Regierung herausgab, hatte niemand Vertrauen; es wird in manchen Gegenden nur für ein Zehntel seines eigentlichen Wertes in Zahlung genommen, selbst in Konstantinopel, unter den Augen der Regierung gilt das Papiergeld nur 18 Pfaster (also statt 20 Mk. nur 3.60 Mk.).

Der neue Sultan, mit dessen Regierungsantritt auch sofort die Gerüchte über Friedensabsichten der Türkei auftraten, soll ein Mann von einiger Energie sein, er wird aber nicht die übermenschliche Kraft eines Herkules besitzen, um den türkischen Verwaltungskollaps auszuräumen. Nach Erzählungen in Konstantinopel soll er sofort nach dem Tode seines Onkels einen heftigen Auftritt mit Talaat-Pascha wegen der Bankrottspekulation der Regierung gehabt haben. Jetzt hat er ja erreicht, daß das Ministerium Talaat verschwunden ist. Zu spät, viel zu spät! Das neue Ministerium, selbst wenn man ihm mit soviel Vertrauen begegnet, wie ihm in inspirierten Notizen der deutschen Presse entgegengebracht wird, kann nicht mehr als Ketter betrachtet werden. Das türkische Volk hat genug von jeder Regierung — von der autokratischen und von der demokratischen. Es will überhaupt keine türkische Regierung mehr. Auch die echten Osmanen Kleinstasiens wollen nichts mehr davon wissen. Sie sehnen sich nach Fremdherrschaft! Sie wollen Kolonialvölker irgend einer europäischen Macht werden. Sie wollen umgestürtzt ihr lauer Erworbenes genießen, sie wollen Rechtsicherheit für ihre Person und für ihr Eigentum haben, sie wollen heraus aus dem Dunkel, sie wollen nicht mehr türkisch regiert und allen Erpressungen, Diebereien und Mißhandlungen schuldlos ausgeht sein. . . Sie wollen den Zusammenbruch, den völligen Untergang der Konstantinopeler Herrschaft!

Stürmische Reichstagsübung.

Der Reichstag erledigte am Freitag zunächst eine Anzahl Anfragen und auch hierbei zeigte sich der Wandel dieser Zeit. Zum ersten Mal eigentlich hörte man Regierungsvertreter Maßnahmen der Militärbehörden rückhaltlos preisgeben und es war eine kleine Ironie der Geschichte, daß gerade Herr Lewald, der so lange das ausführende Reichsorgan der preussischen Polizei gewesen ist, auf eine Anfrage Haases Besserung versprochen machte. Nur der General Wiesberg hatte einen Rückfall in verwichene Zeiten und es ist vielleicht nur dem Umstand zu verdanken, daß eine auf Ledebour gemünzte Handbewegung von ihm nicht allgemein bemerkt wurde, daß nicht sofort ein gewaltiger Sturm einsetzte. Es sollte später an lebhaften Szenen nicht fehlen.

Zunächst benutzte Graf Westarp eine Geschäftsordnungs-Debatte über die Frage, ob und wann man die letzte Wilson-Note öffentlich besprechen sollte, zu einer heftigen Rede gegen die Haltung der Reichsregierung und dadurch bekam die ganze Geschäftsordnungs-Debatte einen Zug ins Leidenschaftliche. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Konservativen und der Unabhängigen die Zurückstellung dieser Besprechungen bis zum Vorliegen des amtlichen Wortlauts beschlossen.

In der dritten Lesung der Verfassungsvorlage sprach zunächst der Vizepräsident. Dem deutschen Volke sagte er viel Freundliches, umso schärfer sprach er gegen das preussische System. Die Gebietsforderungen seines Freundes Stöcker hielt er natürlich vollkommen aufrecht, auch Dantsig müsse polnisch werden und werde sich dabei wohl fühlen. Dem widersprach der Fortschrittler Gathe in sehr nachdrücklich und mit vollem Recht. Wenn aber der Reichsparteiler Schulz-Strömberg mit all seiner Leidenschaftlichkeit gegen Konstantinopel

ging, so kann man dabei nicht vergessen, daß er ein Hauptwortführer der preussischen Außenpolitik immer gewesen ist. Eine sehr scharfe Rede gegen die polnischen Forderungen hielt der „Nationalliberale“ Schlee, der übrigens auch gegen das Wilson-Programm auftrat. Seine Schlussworte veranlaßten zum ersten Male das Eingreifen der Galerien. Der Unabhängige Dr. Cohn wandte sich mit größter Entschiedenheit gegen einen von ihm behaupteten Versuch des Militärs in die Politik einzugreifen und er verlangte dann in ausführlichen Darlegungen, daß sowohl der jetzige Kaiser als auch überhaupt die Dynastie das Feld räume. Hier griff wiederum die Galerie ein, diesmal aber erbot sich die Konservativen mächtig und es gab ein richtiges Schimpfgefecht von unten hinauf und von oben herunter. Liebknechts Parteigenosse Rühle mußte natürlich Dr. Cohn noch übertrumpfen. Er forderte die deutschen Arbeiter zur sofortigen Revolution auf. Damit war die Debatte beendet und die Vorlagen wurden gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Das Gesetz über die Parlamentarisierung Elsaß-Lothringens gab dem Abg. Haase Anlaß zu einer Rindigungsrede. Sonnabend weitere Verfassungsänderungen.

Wilson's 14 Punkte und die Friedensverhandlungen.

Ueber die Rolle, die die Wilson'schen „Punkte“ bei der Friedensverhandlungen spielen, über die Auslegung, die die Unterhändler der Entente ihnen geben werden und über ihre Auslegungsmöglichkeit stellt Genosse Cunow in der dieswöchigen Nummer der „Neuen Zeit“ allgemeine interessierende Untersuchungen an. Mögen auch die militärischen Erfolge die imperialistischen Strömungen in der Entente verstärken, so liegen doch eine Reihe von Tatsachen vor, die darauf schließen lassen, daß sich die Entente mit Deutschland in nicht ferner Zeit an den Verhandlungstisch setzen wird. Es fragt sich nun, welche Rolle bei diesen Verhandlungen die 14 Punkte Wilsons spielen werden. Schon äußerlich betrachtet, läßt die unbestimmte wiederholte Fassung dieser Forderungen viele Möglichkeiten der Auslegung zu. Deshalb wird der Beginn der Friedensverhandlungen die deutsche Regierung und den deutschen Reichstag vor Probleme stellen, an die heute noch niemand denkt und von denen manche noch schwieriger zu regeln sein werden, als die gewiß komplizierten Fragen der inneren Politik.

Große Schwierigkeiten bietet die Kolonialfrage. Die Wilson'schen Forderungen verlangen nicht, daß Deutschland auf seine Kolonien verzichten soll. Aber wie für alle möglichen Ansprüche der Entente sich in den 14 Punkten eine Handhabe finden würde, so auch bei der Annexion der deutschen Kolonien. Da ist der Punkt 5, der verlangt, daß bei der Schlichtung der kolonialen Ansprüche der Grundsatz beobachtet werden soll, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ebenbürtiges Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung. Es käme nun darauf an, ob die Entente in der Rückgabe unserer Kolonien eine Schädigung der Eingeborenen sähe. Daß eine solche Situation von England vorbereitet wird, darauf läßt die Entschädigung des englischen Entwürfs wegen angeblicher Greuel gegen die eingeborene Bevölkerung in den deutschen Kolonien schließen.

Ein anderer Punkt, der zweite, verlangt „vollkommene Freiheit der Schifffahrt“. Aber: er verlangt sie nur auf offenen Meeren, nicht für die sogenannten territorialen Gewässer und ferner nicht für Meere, die durch internationale Uebereinkommen geschlossen werden. Diese Forderung läßt das gleiche Recht der Benutzung des Panamakanals und die Frage des Freihandels in den Staaten des sogenannten Völkerbundes in der Schwebe. Der dritte Punkt fordert die Beseitigung wirtschaftlicher Schranken „soweit dies möglich ist“. Was läßt sich allein daraus machen! Andere Forderungen Wilsons tragen offensichtlich den Bestrebungen der englischen Imperialisten Rechnung; die eine sogenannte Imperial Federation, einen das englische Mutterland mit seinen Kolonien umschließenden Reichszollverband, errichten wollen.

Vor ähnlichen und noch komplizierteren Fragen stellt uns das Problem des Völkerbundes. Auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ist zu einem der bedeutendsten Schlagworte unserer Zeit geworden. Wir werden es also in den Friedensverhandlungen mit einem langwierigen und an aufregenden Zwischenfällen reichen Prozeß zu tun haben.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

25. Okt. Amst. Berlin, 25. Oktober, abends. In Klau-bern wurden feindliche Angriffe zwischen Ost- und Ostsee abgewiesen. Inzwischen Scheide und Dife heute feindliche Kämpfe. Französische Angriffe auf etwa 50 Kilometer breiter Front von der Dife bis zur Aisne. Seiberfeld der Waas-Teilgefechte.

Die Frage der Beantwortung der neuesten Wilson-Note. Der „Germania“ zufolge wird sich die Wilson-Note zu erteilende Antwort ziemlich von selbst ergeben. Am viel mehr als eine Empfangsbekätigung mit dem Hinzufügen, daß man der Aeußerung der Entente-mächte entgegenstehe, wird es sich kaum handeln können.

Unwahre Gerüchte.

In den Gerüchten, daß 15000 Mann deutsche Truppen hauptsächlich Marinetruppen, über die halbländische Grenze traten, ist kein wahres Wort.

Deutsche Hilfe für Dentsch-Oesterreich.

Wien, 25. Oktober. In den Nahrungslagen Deutsch-Oesterreichs ist eine kleine Erleichterung eingetreten. Der deutsche Botschafter Graf Welzel hat einer Deputation des Ernährungsausschusses gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland von seinen allerdings auch geringen Beständen für Deutsch-Oesterreich etwas erübrigen würde. Wie der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ an unterrichteter Stelle erfährt, ist diese Hoffnung nicht ganz unbegründet. Man wird das Aeußerste aufbieten, um Deutsch-Oesterreich nicht wehrlos dem Druck der Feinde preiszugeben. Das hier investierte Kapital wird einmal reiche Zinsen tragen.

Die deutsch-oesterreichische Abordnung, der auch der Genosse Dr. Renner angehört, verhandelte Freitag in Berlin mit den Parteien der Mehrheit. Sie fand überall den lebhaften Wunsch, den Deutsch-Oesterreichern zu Hilfe zu kommen. Es handelt sich um Bereitstellung von Getreide.

Der oesterreich-ungarische Heeresbericht.

Wien, 25. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Friedensangebot der Mittelmächte hat unsere Feinde in Südwesten nicht daran gehindert, unseren und ihren Armeen neue Blutopfer aufzuerlegen. Festes Artilleriefeuer leitete vorgestern zwischen der Aisnischlucht und der Adria den Angriff ein, der gestern früh an der venezianischen Gebirgsfront und im Raume südlich des Montello losbrach. In gewohnter Tapferkeit, Pflichttreue und Manneszucht haben unsere braven Truppen den Angriff abgewehrt. Auf der Hochfläche der Steben Gemeinden war das Gelände südwestlich von Mt. di Val Bella Stätten erbitterter Kämpfe. Es gelang dem Feinde stellenweise in unsere Gräben einzudringen, aber er wurde überall wieder zurückgeworfen und mußte in der Nacht auch den am längsten behaupteten Etappen wieder räumen. Die Szepler Infanterie-Regimenter 82 und 131 und die Honved-Regimenter 9 und 30 haben den Hauptanteil an diesem Erfolg gehabt. Zu noch größerer Heftigkeit steigerte sich das Ringen im Berggelände östlich der Brenta. Auch hier vermochte der Feind vorübergehend örtliche Erfolge zu erzielen. Er legte sich auf dem Caprila, Spolone, Monte Vertica und Solarole in unseren vordersten Gräben auf kurze Weile fest, mußte jedoch sehr bald dem mit äußerster Schärfe geführten Gegenangriff unserer Braven wieder weichen. Fünfmal rannten die Italiener gegen den Spinuccia vergebens an.

Das Infanterie-Regiment 9 (Strg), das den Molone in bravestem Gegenstoß zurückgewann, die Regimenter 73 und 99, das junge südgarische Regiment 129, das der Spinuccia vertheidigte, die Schützen-Regimenter 14 und 21 haben sich mit Ruhm hervorgetan. Unsere brave Artillerie bewährte sich westlich und östlich der Brenta wie immer als treue Helferin der Infanterie im Kampfe.

Der Vorstoß einer englischen Division an der Piaveinsel Papadopole vermochte nur den Nordflügel unserer Vortruppen etwas zurückzudrängen. Der südliche Teil der Insel wurde voll behauptet.

Balkan.

Im nördlichen Albanien weitere Nachhut- und Bandenkämpfe. Im Sandshat Novipazar sind Ententeabteilungen, verstärkt durch den Bandenzug, auf Nowaros angelangt. Südlich von Krajuemacj beiderseits der Morawa und an der Platons Klania haben oesterreich-ungarische und deutsche Truppen nachdringende feindliche Bataillone erfolgreich abgewehrt.

Die Auflösung in Oesterreich.

WIS. Wien, 25. Oktober. Die Blätter melden: Die italienischen Abgeordneten, mit Ausnahme von zwei Sozialdemokraten und zwei Konserwativen aus Friaul, errichteten einen Nationalbund, dessen Programm in der heutigen

Sitzung des Abgeordnetenhauses von den italienischen Vertretern dargelegt werden wird. In den wirtschaftlichen Fragen werden die Mitglieder des Nationalbundes mit allen italienischen Abgeordneten gemeinsam vorgehen. Zum Präsidenten wurde Dr. Conci gewählt, zum Vizepräsidenten Dr. Sigi.

Jur Vorgeschichte des Krieges.

WIS. Budapest, 24. Oktober. Im Laufe der Debatte über den vorläufigen Staatshaushalt erörterte Graf Tisza auch die Vorgeschichte des Krieges und erklärte, er habe bis zum letzten Augenblick gegen jede Bestrebung, ohne Zwang der äußersten Notwendigkeit die kriegerische Lösung zu wählen, Stellung genommen. Tisza verlas eine darauf bezügliche persönliche Eingabe an den König, in der es heißt: es müsse seines Grachtens, Serbien die Möglichkeit gegeben werden, Krieg zu vermeiden und wenn es doch zum Kriege kommen sollte, so sollte vor allen Welt Augen bewiesen werden, daß sich Oesterreich-Ungarn auf dem Boden gerechter Notwehr befinde, es sei also eine in gemessenem, aber nicht drohenem Tone gehaltene Rede an Serbien zu richten. Diese Eingabe ist vom 8. Juli 1914 datiert. Tisza sagte, daß die Herausforderungen seitens Serbiens immer mehr zunahmen. Der Text des Ultimatus wurde in einer gemeinsamen Ministerkonferenz am 19. Juli festgelegt. An dieser Konferenz nahm kein einziger Vertreter Deutschlands teil. Der Abgeordnete Bull rief dazu: „In Wien nicht, aber in Potsdam!“ Tisza fuhr fort: „Weder in Potsdam noch anderwärts. Wir haben das Ultimatum in Wien beschlossen und der Text des Ultimatus wurde in einer gemeinsamen Ministerkonferenz festgelegt. Abgeordneter Balla dazwischenrufend: „Nicht Ultimatum, sondern Einsetzung des Krieges wurde in Potsdam beschlossen!“ (Großer Lärm rechts.) Tisza fuhr fort: „Weder auf den Beschluß, das Ultimatum abzuschließen, noch auf den Text des Ultimatus haben andere Faktoren, als die dazu berufenen oesterreichischen und ungarischen und die gemeinsamen Faktoren einen entscheidenden Einfluß ausgeübt.“ Tisza erklärte sodann, daß er in dieser gemeinsamen Ministerkonferenz vom 19. Juli sich ausdrücklich gegen alle Erhebungspläne verwahrt habe und diesbezüglichen einstimmigen Beschluß erwirkt habe. Tisza verlas den auf Beratung und Beschlußfassung bezüglichen Teil des Ministerrats-Protokolls.

Straßenkundgebungen in Budapest.

Budapest, 25. Oktober. Im Laufe des heutigen Tages kam es hier an mehreren Stellen zu Volksansammlungen. Die Massen, vor allem Arbeiter und Studenten, zogen jahrentragend unter Hochrufen auf ein unabhängiges Ungarn durch die Hauptstraßen. Polizei und Militär waren requiriert, brauchten aber nirgends einzuschreiten. Heute abend fand vor dem Parlament unter freiem Himmel eine Massenversammlung statt. Mehrere bekannte ungarische Sozialisten hielten Ansprachen. Militär hielt den Platz besetzt. In der Stadt ist alles ruhig.

Der ungarische Volksrat.

Budapest, 25. Oktober. Der Abgeordnete der Karolyi-Partei Waj teilte mit, daß sich in Ungarn ein Arbeiter- und Soldaten-Rat sowie ein Volksrat gebildet habe. Graf Michael Karolyi hat in seiner Audienz beim König über die Bildung dieser beiden Organisationen Bericht erstattet. Er hat auch mitgeteilt, daß der Volksrat heute die Angelegenheiten Ungarns in die Hand nehmen werde.

Wieder Ruhe in Fiume.

Der Gouverneur von Fiume meldet, daß die Ruhe vollkommen wieder hergestellt ist. Drei Bataillone des Szepler Regiments marschierten gegen die Kaserne an, worauf sich die meuternden kroatischen Soldaten ergaben. Bei dem gestrigen Zusammenstoß gab es einige Tote und Verwundete. Ein ungarischer Grenzpostizist erlag seinen Verwundungen. Das Gerücht, daß mehrere Eisenbahnstationen zerstört seien, ist unwahr. Ein Bahnkörper, welcher oberhalb Susak auf geringe Strecke beschädigt wurde, ist wieder hergestellt. In ganz Kroatien herrscht Ruhe. Der Eisenbahnverkehr verläuft normal.

Französischer Antrag auf Einberufung der Internationale.

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie hat mit telegraphischer Zustimmung Hendersons beschlossen, die Erkläre der alliierten Sozialisten nach Paris einzuberufen. Die Tagesordnung lautet: Sofortige Einberufung der In-

ternationale. Die Franzosen wird Longuet vertreten, die Conföderation generale du travail Jouhaux. Die Fortsetzung Renaudels auf Vertretung des Rechtsflügels wird abgelehnt. Ein Manifest wird vorbereitet. Eine Entsendung von Delegierten zu Wilson wird diskutiert.

Das „Journal du Peuple“ dringt auf eine Aktion der Internationale. Die Probste in Amerika, England und Frankreich gegen den Imperialismus haben nicht die Kraft, die milde humanistische Strömung aufzuhalten, die in der Stunde, da die Niederlage des deutschen Imperialismus entschieden ist, mit einem neuen Kriege droht. Jeder Tag, um den die Vereinigung der Internationale verzögert wird, ist ein Verbrechen gegen den Sozialismus und unser eigenes Volk. — Hugmans protestiert im „Droit des Peuples“ gegen Compere Morels Blatt „France Libre“, welches Beschimpfungen Havelock Wilsons, des Vorstehers der englischen Gewerkschaft der Seeleute und Schiffszücker, gegen ihn veröffentlichte, ohne ein Wort gegen Havelocks Treiben zu finden, das Hugmans verhindert, sein Parliamentsmandat auszuüben. Hugmans nennt Havelock einen Vertreter des demagogischen Liberalismus, der sich für Frachtkonkurrenzinteressen ins Zeug legt.

Verhandlungen der Sozialisten mit Clemenceau über Waffenstillstand und Frieden.

„Progrès de Lyon“ berichtet aus Paris, daß eine Abordnung der sozialistischen Parlamentsgruppe, zusammengesetzt aus Cachin, Longuet, Mistral, Renaudel und Baroin gestern vormittag mit Clemenceau zusammenkamen, um über die Fragen des Waffenstillstandes und des Friedens zu verhandeln. Cachin befragte Clemenceau über den provokatorischen Maueranschlag einer vaterländischen Vereinigung, der das deutsche Angebot als Falle bezeichne, keinen Waffenstillstand annehmen wolle und die bedingungslose Uebergabe Deutschlands verlange. Der Maueranschlag rief in sozialistischen und Arbeiterkreisen lebhaftes Erregung hervor. Clemenceau erklärte, er habe mit der Veröffentlichung nichts zu tun. Nach Rücksprache mit der Kammergruppe, mit der Conföderation generale du travail und dem ständigen Ausschuss der sozialistischen Partei werden Unterhandlungen mit Clemenceau weitergeführt. Ferner wird von diesen sozialistischen Gruppierungen demnächst eine Rundgebung an das Land veröffentlicht werden.

Amerikanisches Flottenbauprogramm.

Haag, 25. Oktober. Aus Washington meldet Hollandisch News Bureau: Im Abgeordnetenhause erklärte Daniels, daß die Flottenkommission darauf dränge, ein Flottenbauprogramm für drei Jahre aufzustellen. Danach ist der Bau von 10 neuen Dreadnoughts, 7 Schlachtkreuzern und 140 kleinen Schiffen in Aussicht genommen worden. Die Kosten sollen 600 Millionen Dollars betragen.

Nach Abrüstung und Völkerverbund sieht das gewiß nicht aus!

Waffenstillstandsgerüchte.

Nach einem Pariser Havasbericht weist „Matin“ bezüglich des Gerüchts, das in London über einen bevorstehenden Waffenstillstand zwischen den Alliierten und der Türkei umgeht, darauf hin, daß sich Konstantinopel unter dem Feuer der deutschen Schiffe im Schwarzen Meer befinde. Ein Abbruch zwischen den Zentralmächten und dem Sultan könne nur nach Prüfung der militärischen Lage stattfinden, mit der sich die Alliierten beschäftigen.

Zustimmung der Alliierten zur Note Wilsons.

Wie Reuter erfährt, findet Wilsons Note bei den Alliierten vollkommene Zustimmung, deren Standpunkt sie im allgemeinen wiedergibt. Mit Unrecht nehme man an, daß die Alliierten Wilson allein die Verhandlungen überließen. In Wirklichkeit hätten sie in tatsächlicher Uebereinstimmung gehandelt und nur aus dem Grunde, weil die Mittelmächte sich vorzugsweise an eine kriegsführende Macht wandten, hätten sie sich während der vorbreitenden Stadien abseits gehalten. Jetzt, wo der Präsident seine Zustimmung gegeben habe, Deutschlands Gesuch um Waffenstillstand den anderen kriegsführenden Mächten zu unterbreiten, werde die persönliche Aktion einer gemeinsamen Aktion plasmachen, wobei allerdings die maritimen und militärischen Befehlshaber der Alliierten ihre gemeinschaftlichen Bedingungen stellen würden.

Reuter zwei Millionen amerikanische Truppen.

Reuter meldet aus Washington: Bis jetzt sind insgesamt 2 008 000 Mann amerikanische Truppen verschifft worden. Und wie hat man einst über die amerikanische Hilfe von alldeutscher Seite gespottet.

Hat es denn noch Zweck,

besteht denn heute noch eine Notwendigkeit, Kriegsanneihe zu zeichnen?

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Wer will, daß es zum Frieden kommt, der zeichne nach seinem besten Vermögen. Und wer will, daß der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegsanneihe.

Ein großer Erfolg der Kriegsanneihe wird im Innern des Landes das Vertrauen befestigen, nach außen unser Ansehen erhöhen, und die Hoffnungen der Feinde auf einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands widerlegen,

dem Reich die Mittel zur Fortführung des Kampfes, falls es notwendig werden sollte, gewähren, und für den Fall, daß es zum Frieden kommt, die Ueberführung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Friedensfuß erleichtern.

Montag, den 28. Oktober

Eröffnung
meiner groß angelegten
Spielwaren-Abteilung

im 3. Stock.

In übersichtlicher Weise werden auch in diesem
Jahre sämtliche Erzeugnisse der deutschen Spiel-
waren-Industrie in reicher Auswahl dargeboten



Meine diesjährige Schauausstellung bringt in
künstlerischer Ausführung das Märchen:

Prinzesschen Hilde's Flucht ins Reich der Wunder!

Bild 1: Prinzesschen Hilde geht mit dem
Prinzen des Westlandes in die Fremde.
Bild 2: Prinzesschen Hilde im Westlande.

Bild 3: Beim Zauberer.
Bild 4: Im Reiche des Schneekönigs.
Bild 5: Bei den Menschenfressern.

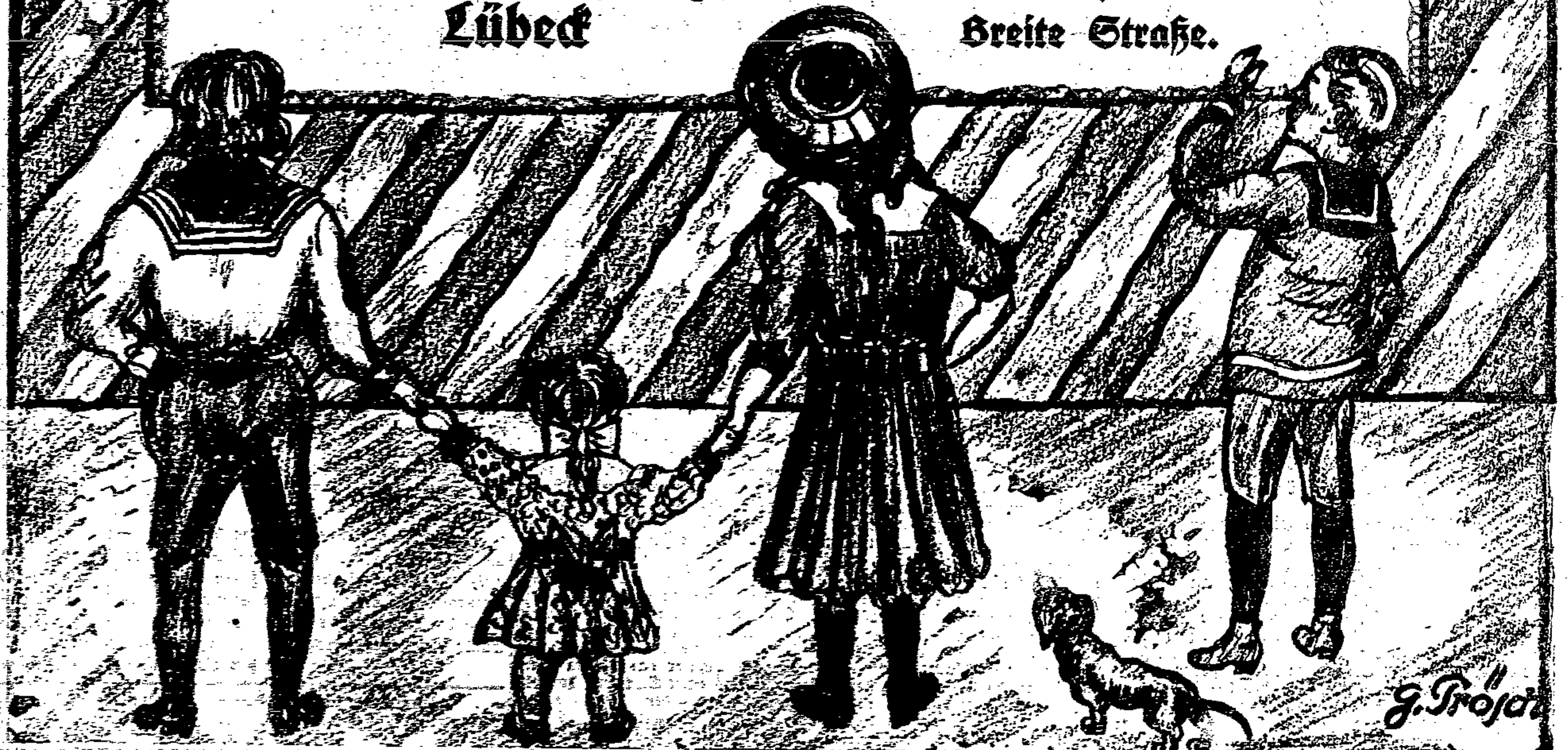
Bild 6: Wieder daheim.

Ausführliche Texte hierzu werden im 3. Stock unentgeltlich verteilt.

Kudolph Karstadt

Lübeck

Breite Straße.



G. Proje

